

Diakoniebericht

auf der Synode der Evangelischen Kirche Anhalts vom 28. – 29. April 2006

Wenn Armut Mauern baut...

Liebe Schwestern und Brüder,
es gibt für uns derzeit drei zentrale gesellschaftliche Herausforderungen: die demografischen Veränderungen, die immer stärker zunehmende Arbeitslosigkeit und die weiter auseinandergehende Schere zwischen Arm und Reich.
Für dieses Jahr hat sich die Diakonie Mitteldeutschland vorgenommen, einen Aspekt, der sich besonders aus der letztgenannten Herausforderung ergibt, nachhaltig in den öffentlichen Diskurs zu bringen: das Thema Armut.

1. Armut als gesellschaftliches Thema

Nachdem in den vergangenen Jahren eher von verdeckter Armut gesprochen werden musste,

- Menschen haben sich ihrer Mittellosigkeit geschämt und gar nicht erst soziale Leistungen beantragt:
- sie haben soziale Kontakte abgebrochen,
- sie haben keinen Anteil am kulturellen Leben mehr gehabt usw.,

ist im vergangenen Jahr das Thema Armut offen zu Tage getreten. Inzwischen können sich viele Menschen nicht mehr regelmäßig die Dinge des täglichen Bedarfs leisten. Die Tafeln verzeichnen eine größere Nachfrage an Lebensmitteln, aus Kleiderkammern werden Sozialkaufhäuser, die ein breiteres Angebot an preiswerten Konsumgütern bereitstellen und Suppenküchen sind keine Einrichtungen des vergangenen Jahrhunderts mehr, sondern werden in unserem reichen Land dringend gebraucht und aufgesucht.

Immer wieder geschieht es aber, dass beim Hinweis auf Armut und die Problematisierung dieses Faktes hierzulande entgegnet wird, dass - verglichen mit anderen Regionen der Welt - in Deutschland die Menschen nicht wirklich arm seien und es somit eher ungerechtfertigt und eigentlich sogar undankbar sei, angesichts der vielen staatlichen Transferleistungen an von Armut und Ausgrenzung bedrohten Menschen Deutschland als ein Land zu benennen, in dem das Thema Armut wirklich eine Rolle spielt.

Das sehen wir in der Diakonie Mitteldeutschland anders! Diese andere Sicht beruht auf den Erfahrungen und Problemlagen, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den jeweiligen Arbeitsfeldern - in der Familien- und Lebensberatung, in den Kreisstellen, in den Schuldnerberatungsstellen und eben auch und gerade mit den verschiedenen o.g. Angeboten - machen und mit denen sie umzugehen haben. Sie beruht aber auch auf der statistisch nachweisbaren Entwicklung über Menschen in prekären Lebenslagen und dem Nachdenken darüber, welche Auswirkungen es auf die Zukunft unserer Gesellschaft hat, wenn die Zahl der Menschen immer größer wird, die nicht mehr am Aufbau der Gesellschaft beteiligt sind - wenn also die Zahl derer wächst, die von Kindheit an auf Transferleistungen angewiesen sind und also erleben, dass sie in der Gesellschaft im Grunde nicht gebraucht werden.

2. Was ist eigentlich Armut?

Individuelle (im Unterschied zu öffentlicher) **Armut** ist immer nur in Relationen beschreibbar¹. Alltagssprachlich meinen wir, dass Menschen dann arm sind, wenn sie in

¹ Laut OECD gilt jeder als arm, der weniger als 1 Dollar am Tag zur Verfügung hat.

ihrem sozialen Umfeld über weniger verfügen, als alle anderen normalerweise haben, also dass sie deswegen über „zu wenig“ verfügen. Für die Feststellung dessen, was „Armut“ ist, braucht es also die Relation zu einem wie auch immer bestimmten „Normalen“ und die darauf folgende Qualifizierung des Vorhandenen als „zu wenig“. Das bezieht sich zuallererst auf das Fehlen von Geld. Der zweite „Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ hat aber deutlich gemacht, dass sich aus dem primären Geldmangel eine ganze Reihe Folgen ergeben, die deutlich machen: **Armut ist multidimensional!**

Sie wirkt sich aus auf **soziale Kontakte**. Arme Menschen ziehen sich aus Freundeskreisen zurück. Sie sehen sich nicht imstande, Gegeneinladungen auszusprechen. Sie sind meistens arbeitslos und spüren zwischen sich und den anderen, die Arbeit haben, eine Kluft und gehen mehr und mehr in die innere Emigration. Oder sie haben Arbeit, aber diese Arbeit wird deprimierend schlecht bezahlt: „Laut Bundesagentur für Arbeit (BA) haben wir im März 2006 bundesweit 906.000 Menschen, die zwar Arbeit haben, aber einen so niedrigen Lohn erhalten, dass sie von der BA als „Aufstocker“ bezeichnet werden und ergänzende ALG II - Leistungen beziehen, um auf das ALG II-Niveau zu gelangen.

Armut verhindert den Zugang zu **Bildung**. In keinem Land hängt die soziale Herkunft so eng mit Bildung zusammen wie in Deutschland. Die PISA-Studien belegen deutlich: Es lässt sich ein kausaler Zusammenhang herstellen zwischen sozialem Hintergrund und Schullaufbahn, vor allem beim Zugang zu den objektiven Lernbedingungen. Das beginnt bei den Lehr- und Lernmitteln und geht übers Schulesse bis zu den Beiträgen zu Wandertagen und Klassenfahrten. Es gibt natürlich die Möglichkeit der Beantragung von Zuschüssen bei den Sozialämtern für diese Dinge, aber es ist ein weiteres Antragsverfahren, dass schon als solches eine Hürde darstellt.

Armut wirkt sich auf die **Gesundheits- und Altersvorsorge** aus. Wer 331 € ALG II im Monat zur Verfügung hat, wird schwerlich die vom Gesetzgeber empfohlene Stärkung der Eigenverantwortung bei Rente und Gesundheit umsetzen und Ansparungen vornehmen können

Noch weiter gefasst kann Armut auch als „**Mangel an Verwirklichungschancen**“² verstanden werden. Armut ist dann nicht nur das „Zuwenig“ an Geld und Gütern, sondern das dahinter liegende „Zuwenig“ an Chancen, sich durch eigene Kraft - über Bildung, Beruf - in die Gesellschaft einzubringen. Das hat so bereits das Sozialwort der Kirchen vom 22. Februar 1997 artikuliert: „Armut ... ist ein komplexes ‚Verliererschicksal‘, bei dem **mehrere Belastungen kumulieren**, wie etwa geringes Einkommen, ungesicherte und zudem schlechte Wohnverhältnisse, hohe Verschuldung, chronische Erkrankung, psychische Probleme, langandauernde Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, aufzehrende Versorgungspflichten, Perspektivlosigkeit.“³ Um es deutlich zu sagen: Die Sozialhilfesätze oder ALG II sind nicht ein Mindeststandard, sondern das soziokulturelle Existenzminimum, das verfassungsrechtlich geschützt ist. Seit 1998 ist die Sozialhilfe gedeckelt und nicht mehr der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst worden. Ebenso wurde mit der Pauschalierung einmaliger Leistungen die Sozialhilfe immer niedriger und schützt immer weniger vor Armut.

In Deutschland ist das Nettoäquivalenzeinkommen (NÄE) der Bezug zum „Normalen“. Laut EU-Definition von 2001 gilt demnach als arm, wer weniger als 50 % vom Durchschnittseinkommen zur Verfügung hat. Wir unterscheiden also eine absolute Armut und die relative Armut.

Für die neuen Bundesländer heißt das in Zahlen:

- Armutsrisiko (60 % NÄE) = 801 €
- Relative Armut (50 % NÄE) = 668 €; im Monat

² Armes reiches Deutschland - Jahrbuch Gerechtigkeit I, S.99

³ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, 1997, S. 30

Die Gesellschaften in den Ländern der europäischen Union haben sich offensichtlich damit abgefunden, dass die Zahl der Menschen immer mehr zunimmt, die ihr Auskommen allein durch staatliche Hilfe fristen, ohne sich durch sinnvolle Tätigkeit am gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess beteiligen zu können. Ganz abgesehen davon, was das für die Zukunft hinsichtlich des Abbrechens allgemeingültiger Wertvorstellungen bedeutet, wenn eine größer werdende Zahl von Kindern aufwächst, die ihre Eltern morgens nicht mehr zu Arbeit gehen sehen. Als Zeichen gegen dieses „sich damit abfinden“ werte ich es, dass die EU das Jahr 2007 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ erklärt hat.

Statistisch muss festgestellt werden: Bezogen auf Haushaltstypen ist in Deutschland das Armutsrisiko von Ehepaaren ohne Kinder niedrig, auch bei Ehepaaren mit Kindern unterdurchschnittlich. Die höchste Abhängigkeit ist aber bei den alleinerziehenden Frauen anzutreffen: Fast jeder vierte Haushalt ist hier auf Hilfen des Sozialamtes angewiesen (23,5%; bei weiblichen allein Erziehenden mit drei und mehr Kindern bei 44,8%). Das sind Angaben aus dem Jahre 2003. Neu - mit dem „Hartz IV-Gesetz“ - sind insbesondere Familien mit Kindern im Alter über 8 Jahren von Armut betroffen. Hier kommen neue Herausforderungen auf uns zu. So liegen die neuen staatlichen Transferleistungen bei Kindern zwischen 7 und 14 Jahren um 30,85 € und zwischen 14 und 18 Jahren um 47,65 € niedriger als die alte Sozialhilfe. Das ist für Menschen, die ein geringes Einkommen haben, nicht unerheblich. Wir reden hier von 1,7 Millionen Kindern in Deutschland!

Weitere Beobachtungen sind: Die Armen werden immer jünger. Die Zahl der Kinder, die in die Sozialhilfe fallen, nimmt prozentual stärker zu. Und: Vor allem junge Familie in Ostdeutschland versuchen, dem Mechanismus „Arbeitslosigkeit - Sozialhilfe - Armut“ durch Abwanderung in die westlichen Bundesländer zu entgehen. Das hat zusätzliche Auswirkungen auf die ohnehin schon schwierige demografische Entwicklung hierzulande, denn von den Auswandernden sind 40 % Kinder im Alter von 0-17 Jahren und 33 % im Alter von 18-24 Jahren.

3. Das besondere Problem: Armut bei Kindern

Bei den Sozialämtern werden vermehrt Anträge von Familien gestellt bezüglich der Übernahme von Kita-Gebühren. Mitarbeitende in Kitas berichten von der Zunahme der Ratenzahlung beim monatlichen Essensgeld und von Netzwerken, die sie in der Elternschaft rund um eine KITA bilden, um Kleiderspenden zu bekommen für Kinder, die nicht jahreszeitgemäß gekleidet sind.

Nimmt man bereits angesprochene und noch andere Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung aus den Bereichen Schule, Bildung, Freizeit, soziale Kontakte, Wohnen und Gesundheit hinzu, so zeigt sich in Deutschland insgesamt ein großes Armutsrisiko, besonders aber bei Kindern und Jugendlichen. Die individuelle und soziale Langzeitwirkung auf diese Jugendlichen, die im Umfeld von Armut aufwachsen, ist für die Forschung erst in den Anfängen und für die Politik bislang eher kaum im Blick. Aber gerade diese ganzen soziokulturellen Faktoren sind es, die, sofern man sie nicht im Blick hat, die Gesellschaft später doppelt und dreifach so teuer zu stehen kommen, als wenn jetzt schon effizient entgegen gesteuert würde: zum Beispiel mit einem existenzsichernden Kindergeld, das eben genau die Teilhabe am soziokulturellen Leben ermöglicht.

Dabei muss zudem konstatiert werden: Immer noch sind meistens die Kindergärten, Schulen, auch die Kirchgemeinden und in weiten Bereichen die Einrichtungen der beruflichen Bildung mittelschichtorientiert. Sie sind eher nicht auf die emotionalen und kulturellen Standards von Personen eingestellt, die dieser Mittelschichtorientierung nicht entsprechen.

Das führt dazu, dass der **Zugang zu Bildung** bei sozial schwachen Familien oft nur schwer gelingt. Kinder und Jugendliche aus armen Familien schaffen nur sehr selten die Hochschulreife, sie sind in der Regel schlecht oder manchmal gar nicht ausgebildet und erreichen im Regelfall nur Gelegenheitsjobs-, Aushilfstätigkeiten und leider auch Tätigkeiten am Rande der Gesellschaft oder gar in der Illegalität. Bei Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund spitzt sich diese Problematik noch zu.

Kinder - das wissen wir inzwischen aus zahlreichen empirischen Erhebungen - leiden unter Arbeitslosigkeit und Verarmung in gleicher Weise wie die davon betroffenen Eltern selbst. Folglich treffen Kürzungen bei den Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit und Verschärfungen bei Maßnahmen der beruflichen Integration (ALG II - Sanktionen) gerade auch die Kinder. Und es zeichnet sich ab: Aus armen Kindern werden später arme Eltern.

Dabei zeichnet sich besonders in den größeren Städten ein weiteres Phänomen ab: das der Straßenkinder. Kinder ohne feste Bleibe und haushaltsmäßige Bezugspunkte, die sich sozialen Zwängen wie etwa der Schulpflicht entziehen, koppeln sich von dieser Gesellschaft weitgehend ab. Recht ist dann, was ihr Überleben sichert. Insgesamt steht fest: Alle Kürzungen beispielsweise bei schulergänzenden Maßnahmen, bei Regelungen, die zur Folge haben, dass Kita-Plätze teurer werden, die Streichung der Lehrmittelfreiheit, die Schließung von Jugendclubs etc. treffen insbesondere Kinder und Jugendliche der von Armut betroffenen sozialen Schichten.

Aktuelle Zahlen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigen, dass es sich nicht um ein marginales Thema handelt. In den neuen Bundesländern lebt jedes 5. Kind in einer prekären Lebenssituation. Negativer Spitzenreiter bei den Städten in Sachsen-Anhalt ist Halle/S. Hier leben 34,6% der unter 15jährigen von Sozialleistungen, das sind 8.964 Kinder. Für ganz Sachsen-Anhalt sind 26,7% oder in Zahlen ausgedrückt sind es 73.794 Kinder, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind.

Negativer Spitzenreiter bei den Städten in Thüringen ist Erfurt: Hier leben 29,7% der unter 15jährigen auf einem Niveau, dass der Sozialhilfe entspricht, das sind 6.651 Kinder. Für ganz Thüringen sind es 20,1% der unter 15jährigen, insgesamt 52.556 Kinder.

5. Öffentliche Armut und Sozialabbau

Was ist mit „öffentlicher Armut“ gemeint? Öffentliche Armut meint ein „Zuwenig“ in den staatlichen Haushalten, und zwar gemessen an den Aufgaben, die aus diesen Haushalten finanziert werden sollen und beschreibt den Zustand, dass der Staat (und mit ihm die zwar von ihm getrennten, aber staatliche Aufgaben erledigenden Einrichtungen wie Sozialversicherungen oder die Freie Wohlfahrtspflege) weniger Einnahmen hat, als er zur Erledigung seiner Aufgaben braucht.⁴ Der bloße Hinweis auf die „öffentliche Armut“ scheint die Behauptung plausibel zu machen, dass der Sozialstaat zu teuer sei und alle den

⁴ ebenda, S. 101

Gürtel enger schnallen müssten. Deshalb orientieren sich die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen der letzten Jahre nicht am Bedarf der von Armut und Ausgrenzung bedrohten Menschen, sondern an dem, was angesichts leerer öffentlicher Kassen für noch finanzierbar gehalten wurde.

Dabei wird selten die Frage gestellt, was denn die Ursache für diese beklagenswerte „öffentliche Armut“ ist? Wird in Deutschland nicht genug erwirtschaftet? Das kann es nicht sein. Denn von 1995 bis 2003 stiegen die Gewinne der Kapitalgesellschaften (ohne Banken und Versicherungen) im Durchschnitt pro Jahr um 6%. Dabei kam es auch zu einem gewaltigen privaten Vermögensaufbau. Zugleich ist es im Zeitraum der letzten 20 Jahre zu einer Verschiebung der Verteilung des Volkseinkommens um rund 10 Prozent zugunsten der Gewinneinkommen und zu Lasten der Arbeits- und Sozialeinkommen gekommen.

Signifikant dafür ist allein das Jahr 2005. Den unteren Einkommensgruppen wurden durch die Steuer- und Hartz-Reform nach neuesten Schätzungen etwa 6 Milliarden € entzogen, gleichzeitig aber wurden die Bezieher hoher Einkommen durch die **Senkung des Spitzensteuersatzes** entlastet. Das kostete den Staat 6 Milliarden €. Nicht zuletzt durch diese seit Jahren verfolgte Politik der Steuerentlastung großer Einkommen und Vermögen - getätigt in der Hoffnung, dass damit Wachstum und Investitionen angeregt und somit Arbeitsplätze geschaffen werden - was nicht aufgegangen ist - ist es zu der angespannten Finanzlage des Staates gekommen.

Dass mitten im Reichtum „öffentliche Armut“ zunimmt, ist somit vor allem eine Folge rückläufiger Einnahmen des Staates. Dabei zeigt sich zudem, dass es eben irrig ist anzunehmen, dass steuerliche Entlastung der Unternehmen und der Vermögenden zu konjunktureller Belebung führt. Das führt vielmehr zu dem, was Wolfgang Huber als „**Glaubwürdigkeitslücke**“ der Reformen des vergangenen Jahres bezeichnet hat: Wo bleiben die neuen Arbeitsplätze - bei gleichzeitigen Rekordgewinnen der großen Konzerne? Die Neuordnungen der sozialen Sicherungssysteme gehen vornehmlich zu Lasten der einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen. Die Absenkung der Transferleistungen für Arbeitssuchende steht im eklatanten Widerspruch zur Senkung des Spitzensteuersatzes.

Das wirft vielfältig die Frage nach Gerechtigkeit auf: vor allem in Hinblick auf die Verteilung des Volkseinkommens und die gleichmäßige Verteilung der Lasten. Dass dieselben - nämlich diejenigen, die den unteren Einkommensgruppen angehören - nicht nur stärker belastet werden durch Reformen, sondern auch noch diejenigen sind, die durch ihren sozialen Status weniger Chancen z.B. auf Bildung haben, dadurch weniger befähigt und in der Lage sind, sich in die Gesellschaft einzubringen, das kann nicht der richtige Weg sein. Vielmehr braucht es **Gerechtigkeit in der Verteilung des Volksvermögens** genauso, wie die gerechte Verteilung der Lasten, die Voraussetzung für ein gut funktionierendes Staatswesen sind.

Das müsste die zentrale Leitlinie für den Umbau des Sozialstaates sein: Das **Ziel einer gerechten Verteilung zu erreichen**. Höhere Einkommen und Vermögen dürfen nicht die gesellschaftlichen Einflussmöglichkeiten erhöhen und die Beteiligungsmöglichkeiten anderer beeinträchtigen.

6. Steuerpolitik als diakonisches Thema⁵

Es mutet vielleicht auf den ersten Blick etwas eigentümlich an, aber das Problem „öffentliche Armut“ hat natürlich unmittelbare Auswirkungen auf das System der Subsidiarität, in dem sich die Arbeit der Diakonie vollzieht. Für uns sind „sozialstaatliche Ausgaben Investitionen in Gerechtigkeit und in eine zukunftsfähige Gesellschaft“⁶.

Öffentliche Güter wie Gesundheit, Bildung und soziale Sicherheit beziehen ihre gesellschaftliche Anerkennung daraus, dass sie, von allen finanziert, auch allen in gleichem Maße zugänglich sind. Sie konkretisieren soziale Rechte, wie das Recht auf soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Wohnung und Arbeit. Öffentliche Güter sind keineswegs einzusparende Subventionen, wie Politiker Sparbeschlüsse begründen, sondern sie sind soziale Rechte und Ausdruck institutioneller Solidarität.⁷ Also es geht nicht eng geführt um wirtschaftliche Interessen, die wir verfolgen, wenn wir dieses Thema ansprechen, sondern wir tun dies in der Überzeugung, dass durch die vielfältige Arbeit der Diakonie und der anderen Verbände der Freien Wohlfahrtspflege der Raum geschaffen wird, in dem die Menschen in unserem Land ihre Rechte wahrnehmen können und ihnen ihre Würde gewahrt bleibt. Dies gilt in diesem Zusammenhang insbesondere auch für Menschen in prekären Lebenslagen.

In der Diskussion um ein zukunftsfähiges Steuersystem ist es auch nötig, den einen oder anderen Mythos aufzulösen: z.B. den Mythos, dass Deutschland ein Land sei, in dem die Steuern unverhältnismäßig hoch seien! Ein zukunftsfähiges Steuersystem muss eines zumindest sicherstellen: Steuergerechtigkeit - und die vor allem mit Blick auf die Einkommens- und Vermögenssteuern. Regelmäßig ist in den Medien vornehmlich von Vertretern der Wirtschaft zu hören, dass diese zu hoch seien in Deutschland.

Ein Blick auf die Grafik (Anlage 1 - Einkommen und Vermögen) zeigt, dass dies mitnichten der Fall ist. Man muss sogar sagen: Deutschland ist ein Niedrigsteuerland, denn es hat die **niedrigste Steuerquote** (Anteil der Steuern im Vergleich zum BIP) von allen „alten 15 EU-Ländern“ im Jahre 2003 (Anlage 4 - Deutschland hat die niedrigste Steuerquote). Was dann aber nicht verwunderlich ist, ist die Situation der sich daraus ergebenden öffentlichen Einnahmen (Anlage 2 - Armer Staat?). Länder wie Schweden oder Dänemark haben eine staatliche Einnahmequote im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt von fast 60%, ohne dabei in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu kommen - im Gegenteil. In Deutschland dagegen liegen wir bei 43% - nur in Irland, Spanien und Großbritannien ist der Staat schlechter ausgestattet. Hält man sich dann noch den Trend der Einnahmen der letzten Jahre (1995 bis 2004) vor Augen (Anlage 3 - Unterdurchschnittliche Staatseinnahmen), der erkennen lässt, dass wir uns bezüglich der Steuerquote immer mehr vom EU-Durchschnitt entfernen, dann erscheint eine weitere Steuersenkung völlig absurd.

Weitere Steuersenkungen und der fortschreitende partielle Rückzug des Staates würde schlicht nur eine weitere Ausdünnung des Systems der sozialen Sicherheit und des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen bedeuten. Aber auf diesem Weg sind bisher unsere sozialen und wirtschaftlichen Probleme nicht gelöst worden. Fatal wäre es, angesichts des Versagens der gewählten Medizin dann vor allem noch die Dosis zu erhöhen. Es kann doch nicht um noch mehr Kürzungen sozialer Leistungen, noch mehr Privatisierung sozialer Sicherungssysteme, noch mehr Steuersenkungen gehen, sondern um eine Rückbesinnung auf die Aufgaben und Möglichkeiten des Staates, seiner Verpflichtung

⁵ ebenda, S. 169 ff

⁶ ebenda, S. 169

⁷ ebenda

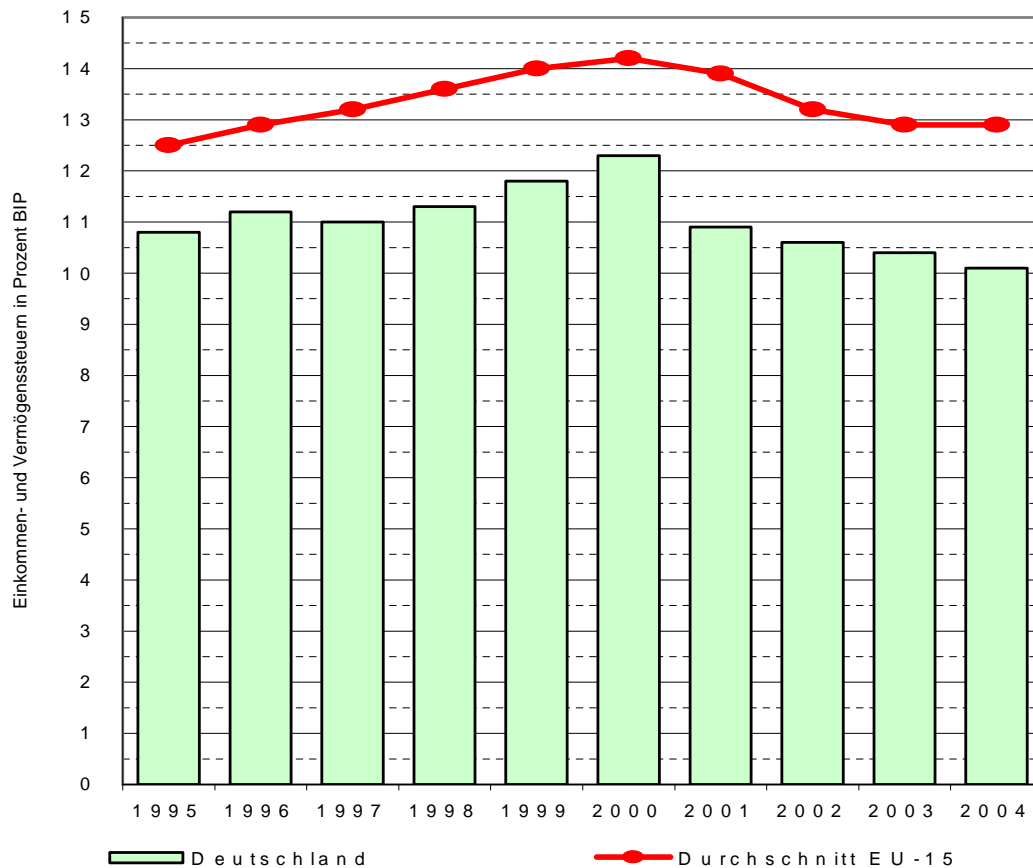
auf soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit nachzukommen. Nicht die Sozialsysteme und auch nicht die Sozialleistungen haben unser Land in eine schwierige finanzielle Lage der öffentlichen Kassen, in „öffentliche Armut“, geführt. Wir leben in einem reichen Land, in welchem aber die angemessenen Beiträge aller zur Finanzierung der unverzichtbaren Aufgaben des Gemeinwesens aus dem Lot geraten sind. Es fehlt nicht an Geld, einen leistungsfähigen Sozialstaat zu finanzieren, es fehlt an einer Politik, gerade auch einer Steuerpolitik, die eine soziale Balance und einen gerechten Ausgleich schafft.

OKR Eberhard Grüneberg
Vorstandsvorsitzender Diakonie Mitteldeutschland

Dessau, 27.04.06

Einkommen und Vermögen werden in Deutschland weniger steuerlich belastet als im Durchschnitt der 15 „alten“ EU Länder

Einkommen- und Vermögenssteuern in Prozent des Bruttoinlandsproduktes 1995 bis 2004



Dass in Deutschland die Steuern zu hoch seien, wird von vielen Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Wirtschaft und der Medien behauptet. Doch die Quote der Steuern auf Einkommen und Vermögen (Einkommen- und Vermögenssteuern in Prozent des Bruttoinlandsproduktes) liegt in Deutschland deutlich unter dem Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Länder.

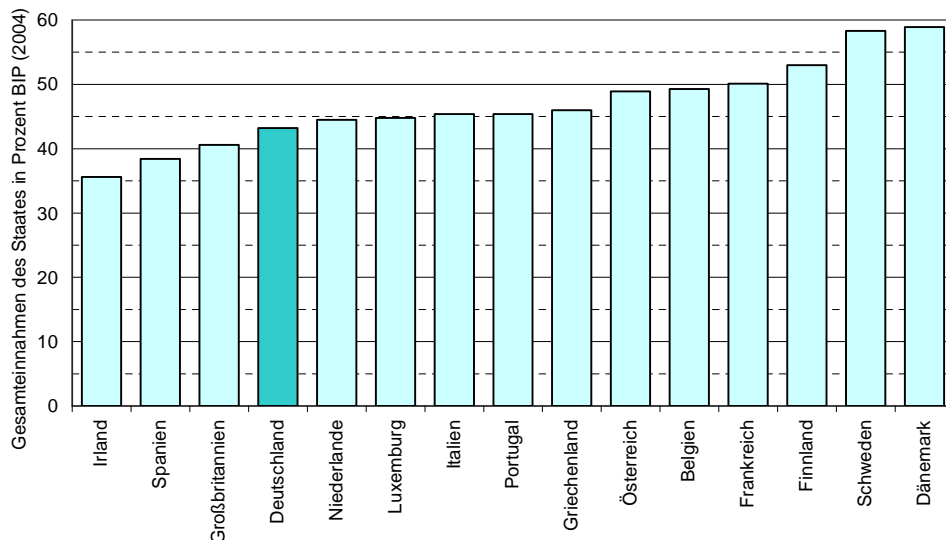
Im Jahre 2004 betrug diese Quote gerade einmal 10,1 Prozent – und lag damit um fast 22 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt („alte“ EU-Länder)...

(Anlage I - Einkommen und Vermögen)

Quelle: Eurostat (<http://epp.eurostat.cec.eu.int>)

Armer Staat? Bei der staatlichen Einnahmenquote gehört Deutschland zu den europäischen Schlusslichtern

Gesamteinnahmen des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes 2004



In Schweden und Dänemark beliefen sich die gesamten Staatseinnahmen 2004 auf fast 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Diese im europäischen Vergleich überdurchschnittliche staatliche Einnahmenquote stellte kein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung beider Länder dar. In den meisten der 15 „alten“ EU-Ländern lag die staatliche Einnahmenquote 2004 zwischen 45 und 50 Prozent des BIP. In Deutschland aber betragen die staatlichen Gesamteinnahmen nur rund 43 Prozent des BIP – schlechter war die finanzielle Ausstattung des Staates nur in Irland, Spanien und Großbritannien.

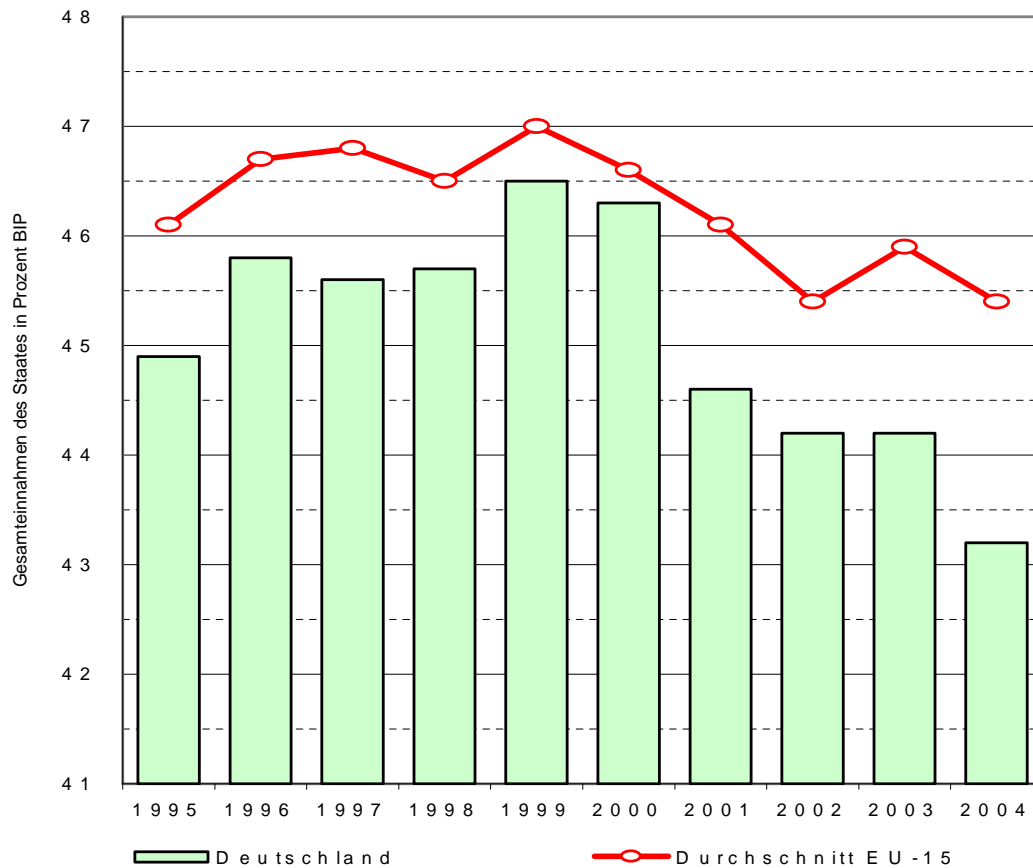
Diese Unterausstattung des deutschen Staates ist vor allem deshalb verhängnisvoll, weil Deutschland aufgrund der Wiedervereinigung große Lasten zu schultern hat, die die anderen „alten“ EU-Länder nicht haben...

(Anlage 2 - Armer Staat?)

Quelle: Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.eu.int>)

Unterdurchschnittliche Staatseinnahmen Deutschlands: Die staatliche Einnahmenquote fällt immer weiter unter den Durchschnitt der 15 „alten“ EU-Länder

Gesamteinnahmen des Staates in Prozent des Bruttoinlandsproduktes (staatliche Einnahmenquote) 1995 bis 2004



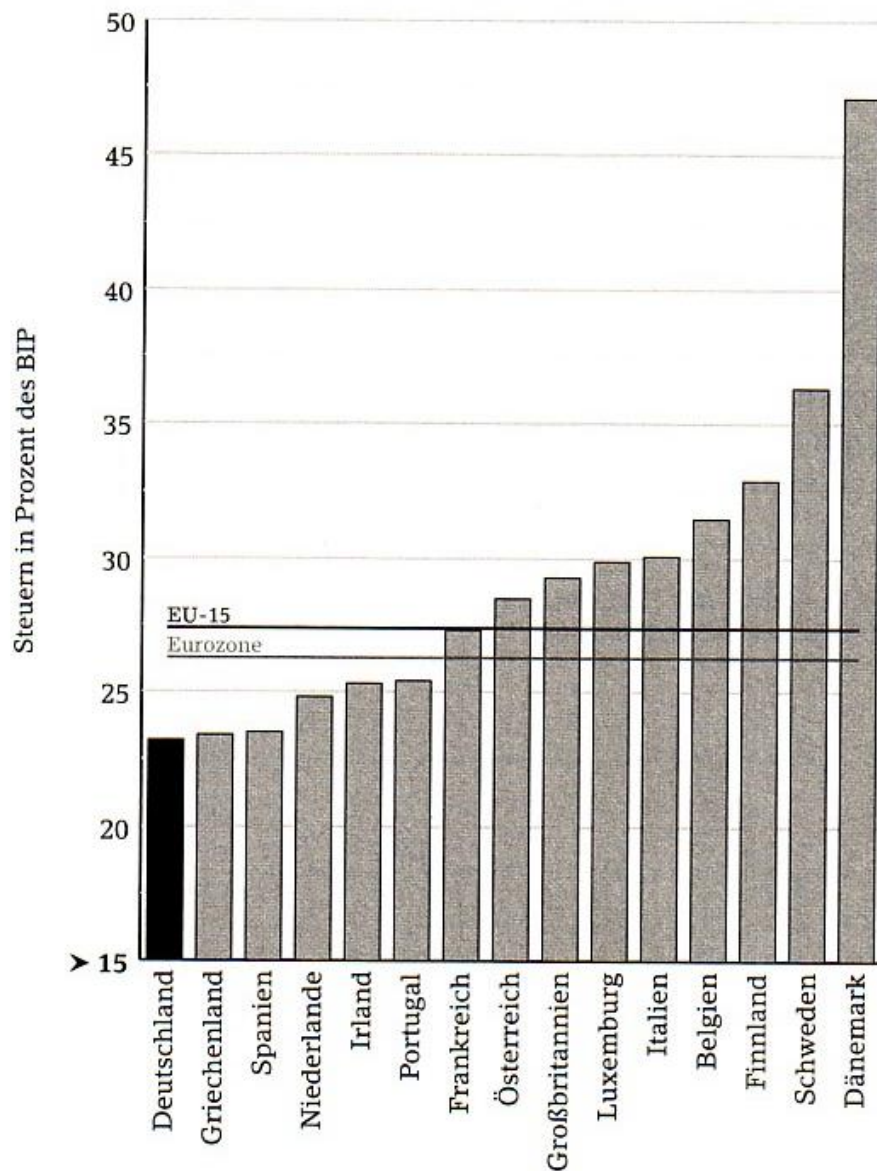
Deutschland hat aufgrund der Wiedervereinigung wesentlich mehr staatliche Aufgaben zu finanzieren als die übrigen 14 „alten“ EU-Länder. Dennoch entfernt sich die staatliche Einnahmenquote (Gesamteinnahmen des Staates unter Einschluss der Sozialversicherung in Prozent des Bruttoinlandsproduktes) seit 2001 immer weiter vom Durchschnitt der „alten“ EU-Länder: Im Vergleich zu diesem Durchschnitt ist der deutsche Staat deutlich schlechter mit finanziellen Ressourcen ausgestattet. Angesichts dieses Sachverhaltes wäre eine weitere Absenkung der Steuerquote unvermeidbar...

(Anlage 3 - Unterdurchschnittliche Staatseinnahmen)

Quelle: Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.eu.int>)

Deutschland hat die niedrigste Steuerquote der „alten EU-Länder“

STEUERN IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES 2003



(Anlage 4 – Deutschland hat die niedrigste Steuerquote)

Quelle: Eurostat (2005) Das Abgabenaufkommen in den EU-Mitgliedsstaaten. Entwicklung, Höhe und Zusammensetzung 1995-2003. Statistik kurz gefasst. Wirtschaft und Finanzen 3/2005, Brüssel